

20.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek - **Merkel redet Klartext**

Von Uli Brockmeyer - Es ist absolut notwendig, den Politikern genau aufs Maul zu schauen, denn es kommt immer wieder vor, daß sie genau das meinen, was sie sagen. So auch in diesen Tagen bei Frau Merkel. Die deutsche Kanzlerin und CDU-Vorsitzende – in beiden Funktionen eine gute Freundin unseres Premiers – hatte sich eine Parteiversammlung in Nordrhein-Westfalen ausgesucht, um wieder mal ein Machtwort in Richtung EU zu sprechen. Griechen und Portugiesen sollten sich gefälligst mehr anstrengen, weniger Urlaub machen und nicht so früh in Rente gehen, erklärte die Kanzlerin. Und machte damit erneut klar, wer in den Augen der Öffentlichkeit für die Krise verantwortlich zu sein hat: Die faulen Südeuropäer nämlich, und nicht etwa die Wirtschafts- und Finanzlenker, und schon gar nicht das kapitalistische System, das sie mästet.

Mit diesen deutsch-überheblichen und zudem noch völlig unbegründeten Vorwürfen macht man sich natürlich keine Freunde in Griechenland, Portugal oder Spanien – aber das ist ja auch nicht die Aufgabe der deutschen Kanzlerin. Deren Hauptaufgabe besteht einzig und allein darin, die besten inneren und äußeren Bedingungen für das Gedeihen und Wachsen des Kapitals zu gewährleisten. Dazu kann auch gehören, den Leuten im Ausland zuweilen mal kräftig den Marsch zu blasen und deutlich zu machen, wer Herr im Hause EU-Europa ist.

Dem deutschen Bank- und Finanzkapital ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß mit dem Verschwinden der sozialistischen Länder in Europa nicht auch gleich die sozialen Errungenschaften der Schaffenden und ihrer Gewerkschaften in Westeuropa hinweggefegt werden konnten. Deshalb arbeitet die Internationale des Kapitals seit über zwanzig Jahren daran, diese Errungenschaften Stück für Stück zu beseitigen. Deshalb wehrt sich die EU-Nomenklatura so vehement dagegen, anständige Steuersätze für Reiche einzuführen und die Krisengewinnler ordentlich zur Kasse zu bitten.

Gleichzeitig wird eine EU-weite Einführung gesetzlicher Mindestlöhne bekämpft, wird den Bürgern die Lüge von der Überalterung der Gesellschaft und der daher notwendigen permanenten Anhebung des Renteneintrittsalters aufgetischt. Allgemein anerkannte soziale Standards für die Regelung der Arbeitszeit und auch für die gesundheitliche Betreuung werden ausgehöhlt. Es wird massiv versucht, in Luxemburg, Belgien, Malta und Zypern den Index abzuschaffen. Alle diese und weitere Angriffe auf hart erkämpfte soziale Errungenschaften werden begründet mit der Notwendigkeit, innerhalb der EU die Standards anzupassen. Und damit niemand auf die Idee kommt, als Maßstab dafür die höheren Standards zu nehmen, werden die verspottet und verteufelt.

Daß dabei auch nationalistische und xenophobe Stimmungen angeheizt werden, wird gern und billigend in Kauf genommen. Denn für die Herrschenden ist es nie von Vorteil, wenn die Völker sich gut verstehen, und schon gar nicht, wenn die Schaffenden sich über Ländergrenzen hinweg zusammenschließen. Genau das ist aber dringend nötig, um den Merkel, Sarkozy, Juncker und deren Auftraggebern einen Strich durch die Rechnung zu machen.

**bro**